

# sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/182

21. September 1973

## Achtmal Sozialpolitik

Beweis für den Willen zum Ausbau des Sozialstaates

Von Helmut Rohde MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Seite 1 und 2 / 91 Zeilen

## Drei Monate nach dem Grundvertrag

Erleichterungen im Grenzgebiet - Zwei neue Regierungsvereinbarungen

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

## Menschenrechte für alle!

Abgrenzung gegen die Afrika-Thesen der CDU/CSU

Von Dr. Uwe Holtz MdB  
Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 und 6 / 62 Zeilen

## Warum schweigt das ZDF?

Rechtsaußen-Kampagne für Löwenthal verfälscht Entscheidungen und Tatsachen

Von Lothar Schwartz  
Amtierender Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 7 und 8 / 81 Zeilen

## Schlußstrich unter die Hubschrauber-Saga

Die "Puma"-Helikopter haben das Rennen gemacht

Von Rudi Walther MdB  
Berichterstatte für das Bundesinnenministerium im Haushaltsausschuß

Seite 9 / 37 Zeilen

## Achtmal Sozialpolitik

Beweis für den Willen zum Ausbau des Sozialstaates

Von Helmut Rohde MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim  
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Diese Woche war für Bonn der Auftakt zu einem Herbst der sozialpolitischen Aktivität. Acht Gesetzentwürfe mit sozialpolitischem Inhalt standen auf den Bonner Tagesordnungen: Das Bundeskabinett beschloß eine Reform der Betriebspensionen; im Plenum des Bundestages wurden gleich fünf neu eingebrachte sozialpolitische Regierungsentwürfe behandelt, und der Sozialpolitische Ausschuß des Parlaments beschäftigte sich mit dem Ausbau des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes sowie mit Leistungsverbesserungen in der Krankenversicherung.

Diese Bonner Tagesordnungen sind ein Ausweis für den sozialen Willen und die soziale Gestaltungskraft der Regierungskoalition. Mit der Kanzlerschaft von Willy Brandt hat 1969 ein neuer Abschnitt sozialer Bewegung in unserem Land begonnen. Das erste Ergebnis war die sozialpolitische Bilanz der letzten Legislaturperiode, die dem Wähler zur Bundestagswahl 1972 vorgelegt werden konnte. Sie ist im Land positiv bewertet worden.

In dieser Legislaturperiode wird die Ausformung des sozialen Rechtsstaates fortgesetzt. Das ist nüchterne und harte Arbeit auf vielen Feldern und die Anstrengung, soziale Fragen zu lösen, die von den Bürgern an Parlament und Regierung gerichtet werden.

Außer eine Durchleuchtung der Tagesordnungen dieser Woche ergibt folgendes soziales Leistungsbild:

### Im Bundeskabinett

Die von der Bundesregierung beschlossene Reform der Betriebspension sieht vor allem drei Punkte vor:

1/ Die vom Arbeitnehmer erworbenen Ansprüche auf Betriebspension sollen auch bei Arbeitsplatzwechsel nach bestimmter Mindestbeschäftigungszeit erhalten bleiben und nicht mehr wie bisher verfallen.

2/ Die Dynamisierung der Sozialversicherungsrenten soll nicht mehr zum Kürzen von Betriebspensionen und damit nicht mehr zur Auszehrung führen.

3/ Auch betriebliche Altersleistungen sollen künftig vom 63. Lebensjahr in Anspruch genommen werden können. Die flexible Altersgrenze gilt somit auch hier.

Diese und andere Punkte des Gesetzentwurfs wollen Sorgen und Klagen abbauen, die in den letzten Jahren in vielen Briefen von Arbeitnehmern an Abgeordnete und Regierungsmitglieder ihren Ausdruck gefunden haben.

### Im Plenum des Bundestages

In dieser Woche wurden fünf sozialpolitische Gesetzentwürfe in erster Lesung beraten.

1/ Auf dem Gebiet des Arbeitsrechts wird der Schutz der Heim-

arbeiter einschließlich ihrer wirtschaftlichen Sicherung und des Kündigungsschutzes verbessert. Außerdem wird die Tarifautonomie für arbeitnehmerähnliche Personen (z.B. freie Mitarbeiter bei den Massenmedien) geöffnet und ihnen damit eine neue Möglichkeit kollektivvertraglicher Regelungen angeboten.

2/ Ein umfangreiches Gesetz beinhaltet die Weiterentwicklung des Schwerbeschädigtenrechts. Nicht nur bestimmte Gruppen, sondern alle Schwerbehinderten von einer Minderung der Erwerbstätigkeit von 50 vH. sollen in die Schutz- und Leistungsvorschriften dieses Gesetzes einbezogen werden. Es verpflichtet Arbeitgeber zur Beschäftigung von Behinderten, regelt Fragen des Arbeitsplatzschutzes und der Wahrnehmung der Interessen von Behinderten im Betrieb und fördert u.a. auch die Behindertenwerkstätten.

3/ Die Altershilfe für die Landwirte wird weiterentwickelt. Die Leistungen sollen erhöht und in Zukunft dynamisiert werden.

4/ Dem Parlament liegt ferner eine Novelle zum Sozialgerichtsgesetz vor, mit dem u.a. eine Beschleunigung des Verfahrens vor den Sozialgerichten erreicht werden soll.

5/ In dieser Woche wurde im Parlament die konkrete Beratung des ersten Teils des Sozialgesetzbuches eingeleitet. Das Sozialgesetzbuch soll eine Vereinfachung, Vereinheitlichung, mehr Durchschaubarkeit und Fortentwicklung des Sozialrechts für den Bürger bringen. Alle sozialen Rechtsbereiche sollen in diesem großen Werk zusammengefaßt werden. Mit dem Allgemeinen Teil, der jetzt dem Parlament vorliegt, wurde der Anfang gemacht. Die Arbeit an den übrigen Teilen des Sozialgesetzbuches wird von der Bundesregierung und einer Sachverständigenkommission zügig fortgesetzt.

#### Im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Bundestages

1/ hat der Ausschuß im einzelnen in dieser Woche jenen für die Arbeitnehmer wichtigen Gesetzentwurf beraten, durch den in den Betrieben zukünftig Fachkräfte für Arbeitssicherung und Betriebsärzte für einen verbesserten Arbeits- und Gesundheitsschutz tätig sein sollen. Der Gesetzentwurf enthält entsprechende Auflagen für die Betriebe.

2/ steht auf der Tagesordnung des Parlamentsausschusses ein Gesetzentwurf, der insbesondere Leistungsverbesserungen für die Frauen im Rahmen der Krankenversicherung enthält: vor allem Hauspflege bei Krankenhaus- und Kuraufenthalt der Mütter und Arbeitsbefreiung der Mutter bei Krankheit ihres Kindes.

An dieser Stelle konnten nur die Hauptinhalte dieser Gesetzentwürfe grob skizziert werden. Im einzelnen weisen sie noch eine Fülle anderer Leistungsfortschritte aus.

Die Politik hat sich gewandelt.

Am Anfang der 60er Jahre stand das Wort des CDU-Politikers Gerstenmaier: "Die Grenzen des sozialen Rechtsstaates sind erreicht." Am Anfang der 70er Jahre wird der Wille einer neuen Regierung zum sozialen Ausbau der Bundesrepublik Deutschland unter Beweis gestellt.

(-/21.9.1973/bgj/ex)

Drei Monate nach dem Grundvertrag

Erleichterungen im Grenzgebiet - Zwei neue Regierungsvereinbarungen

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Von einer Veränderung der politischen Großwetterlage liest man in diesen Tagen, da sich in der Ostpolitik Schwierigkeiten abzeichnen. Als Stichworte mögen hier die Verhandlungen mit Prag, die konsularische Betreuung West-Berlins in Polen, die Errichtung der ständigen Vertretungen in Ost-Berlin und in Bonn erwähnt sein. Von veränderten "Signalen aus dem Osten" hat eine Tageszeitung geschrieben.

Nun sind in Bonn - für die Öffentlichkeit fast unerwartet - zwei neue Regierungsvereinbarungen zwischen Bonn und Ost-Berlin unterzeichnet worden. Die jeweiligen Beauftragten in der gemeinsamen Grenzkommission haben sich über die Schadensbekämpfung im Grenzgebiet und über die Instandhaltung der Grenzgewässer geeinigt. Das erste Zusatzabkommen zum Grundvertrag liegt vor: auf den Tag genau drei Monate nach dessen Inkrafttreten.

Man darf gespannt sein, welches Echo die Vereinbarungen auslösen werden. Vor dem Hintergrund hoher diplomatischer Aktivitäten mögen sie bescheiden wirken, weil sie von Haus aus eher kommunaler als politischer Art sind. Es geht um die Bekämpfung von Waldbränden, um Hochwasser, Sturm- und Bergschäden, um Seuchen und Unkraut an der Zonengrenze. Die Wasservereinbarung befaßt sich mit der Erhaltung von Ufern und Böschungen und deren Freihaltung von Wildwuchs sowie der Erhaltung der Funktionsfähigkeit von Wehren, Deichen und Düken.

Katastrophen, die künftig im Randgebiet auftreten, werden nicht länger ignoriert, sondern den Behörden zwecks koordinierter Bekämpfung gegenseitig zur Kenntnis gebracht. Die ständigen Ver-

tretungen in Bonn und Ost-Berlin übernehmen die Weiterleitung der Meldungen. Für die kurzfristige Benachrichtigung über Sofortmaßnahmen wird ein Informationssystem aus insgesamt 14 Stützpunkten errichtet, die sich an die Grenzübergänge anlehnen. Erstmals ist - im gegenseitigen Einvernehmen - Hilfe von Katastrophenschutz, Feuerwehr und Rettungsdienst auch auf der anderen Seite der Grenze möglich.

Das sind, niemand will es bestreiten, unter Nachbarn Selbstverständlichkeiten. Selbstverständlichkeiten jedoch, die die Bewohner der Grenzkreise seit zwei Jahrzehnten vermissen mußten und die ihnen trotz tausendfacher Proteste mit unerbittlicher Kälte vorenthalten wurden. Unzählige Male standen Feuerwehren und Rotes Kreuz hilflos vor der Demarkationslinie und erhielten auf ihr Angebot zur Mithilfe von den DDR-Grenzsoldaten nicht einmal eine Antwort.

Die deutsche Teilung einschließlich der von ihr ausgelösten Grausamkeiten wieder abzubauen ist ein mühevolleres Geschäft, was eigentlich "kleine" Anlässe letztlich doch zu politischen Erfolgen aufwertet. Die beiden neuen Vereinbarungen mit der DDR beweisen die Richtigkeit einer Politik des langen Atems; einer Politik, die sich durch Phasen der Stagnation nicht irre machen läßt.

Unsere Wunschliste ist noch lang. Die DDR-Regierung ist nunmehr aufgefordert, auch an der Grenze um Welt-Berlin Vernunft walten und vergleichbare Abkommen unterzeichnen zu lassen. Katastrophen wie das Ertrinken von Kindern in der Spree infolge zu spät kommender Hilfe dürfen sich nicht mehr wiederholen. Die Bevölkerung in beiden Teilen Berlins wird kaum einsehen, warum in ihrer Stadt nicht sein darf, was jetzt zwischen Lübeck und Hof möglich ist.

(-/21.9.1973/ks/ex)

+ + +

Menschenrechte für alle !

Abgrenzung gegen die Afrika-Thesen der CDU/CSU

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

In seinen zahlreichen Stellungnahmen zum Problem des portugiesischen Kolonialismus in Afrika hat der CDU-Abg. Dr. Todenhöfer u.a. angekündigt, daß seine Partei in den kommenden Wochen eine Leitlinie für die Afrikapolitik erarbeiten werde. Eine offizielle Stellungnahme der "Unions"-Parteien zur Frage der Verwirklichung der Menschenrechte in Afrika ist nun in der Tat vonnöten. Denn vor allem die Äußerungen Todenhöfers haben den Eindruck erweckt, als fordere die Opposition Menschenrechte nur im osteuropäischen Bereich, wo es ihr gerade in ihr politisches Konzept paßt. Damit versucht sie gleichzeitig, die Entspannungspolitik der Bundesregierung anzuschwärzen und ihre großen Erfolge im Bereich der menschlichen Erleichterungen vergessen zu machen.

Die strengen ethischen und politischen Maßstäbe, die die CDU/CSU etwa für die Sowjetunion aufstellt, scheinen in anderen Teilen der Welt, insbesondere im südlichen Afrika, keine Geltung zu haben. Wenn also Dr. Todenhöfer das Fortbestehen des portugiesischen Kolonialismus in Afrika als eine akzeptable politische Möglichkeit einstuft, dann setzt er sich damit in eklatanten Widerspruch zur Menschenrechtskonvention. Daran ändert auch der Versuch nichts, die Befreiungsorganisationen, die von der OAE und den Vereinten Nationen als legitime Sprecher ihrer unterdrückten Völker anerkannt werden, als Terrororganisationen zu diffamieren.

Die Verurteilung von Gewalt wirkt immer dann unglaubhaft, wenn nicht nach der Ursache für Gewaltanwendung gefragt wird. Es besteht schließlich ein essentieller Unterschied zwischen Gewaltanwendung mit dem Ziel, kolonialistische Unterdrückung und Ausbeutung aufrechtzuerhalten, und Gewaltanwendung im Rahmen der Ausübung des Widerstandsrechts der Unterdrückten, die keine andere Möglichkeit sehen, um die Durchsetzung ihrer fundamentalen Menschenrechte zu erreichen. Es ist schlichtweg unsinnig zu behaupten, die

Befreiungsorganisationen würden die afrikanische Bevölkerung terrorisieren, wie es sich Dr. Todenhöfer von seinen portugiesischen Gastgebern hat einreden lassen. Man braucht kein besonderer Kenner der Guerilla-Taktik zu sein, um zu wissen, daß diese Gruppen nur dann erfolgreich operieren können, wenn sie von der Bevölkerung unterstützt werden: Die Fische brauchen das Wasser, um darin schwimmen zu können.

Allem Anschein nach beurteilen die portugiesischen Militärs die Stimmung der afrikanischen Bevölkerung ganz anders als diejenigen, die in unserem Land für die Sache des Kolonialismus eintreten. Warum sonst würden sie die Einwohner ganzer Landstriche zwangsweise in bewachte "Wehrdörfer", sogenannte Aldeamentos, umsiedeln, wenn nicht mit der Absicht, den Befreiungsbewegungen den natürlichen Boden für ihre Aktivitäten zu entziehen. Daß damit zugleich Kultur und soziale Struktur der betroffenen Afrikaner zerstört werden, kümmert offensichtlich weder die portugiesische Regierung noch ihre Apologeten im Ausland.

Wie sehr es den Portugiesen gelungen ist, Teile der Opposition, allen voren Herrn Dr. Todenhöfer, für ihr kolonialistisches Anliegen einzuspannen, zeigen die Attacken dieses CDU-Politikers auf Bundesminister Dr. Eppler. Diessen Forderung nach der Einsetzung einer internationalen Kommission zur Untersuchung glaubhaft bezeugter Massaker an der afrikanischen Bevölkerung durch portugiesische Soldaten als Vorbedingung für einen Besuch in Mocambique nimmt Dr. Todenhöfer zum Anlaß, um ihm Feigheit und Arroganz vorzuwerfen. Die Menschenverachtung, die aus dieser Haltung spricht und die alle sonstigen Bekenntnisse zu den Menschenrechten Lügen straft, wird sicherlich auch in der übrigen Welt, insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht unbeachtet bleiben. Eine deutliche Distanzierung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von den Äußerungen ihres entwicklungspolitischen Sprechers muß erwartet werden, wenn sie nicht insgesamt den Makel des Zynismus gegenüber den Anliegen unterdrückter Völker auf sich nehmen will.

(-/21.9.1973/ks, ex)

Warum schweigt das ZDF?  
-----

Rechtsaußen-Kampagne für  
Löwenthal verfälscht Entscheidungen und Tatsachen

Von Lothar Schwartz  
Amtierender Sprecher des SPD-Vorstandes

Seit etwa zwei Monaten wird von einschlägigen Kreisen und Institutionen eine öffentliche Kampagne inszeniert, die ihrer publizistischen "Leitfigur" Gerhard Löwenthal die wöchentliche Plattform für seine längst ins Irrrationale abgeglittene Polemik oder - besser gesagt - Agitation gegen die sozialliberale Bundesregierung und die Koalitionsparteien erhalten soll. Das am 1. Oktober 1973 wirksam werdende neue Programmschema der Länderanstalt sieht nämlich für das "ZDF-Magazin" nur noch einen Zwei-Wochen-Rhythmus vor. Die Halbierung der Tummelplätze für den Propagandisten, der das personifizierte Mißverständnis der Bezeichnung und Aufgabe eines Moderators darstellt, paßt natürlich der Rechten in unserem Lande nicht.

Nachdem Löwenthal als "Held der Union" - auf Parteitag der CDU und CSU mit Ovationen, Umarmungen und Autogrammstunden gefeiert - offensichtlich kaum noch gefragt ist, haben sich - vornehm ausgedrückt - die "radikalen Konservativen" zur Aktion "Rettet Gerhard Löwenthal" formiert. Die "Aktion Funk und Fernsehen e.V.", deren Initiator und Promotor zu den Schlüsselfiguren im anonymen Wahlkampf im Herbst 1972 gehörte, gab mit Anzeigen und einer Unterschriftensammlung das Startsignal für die Kampagne. Das unter katholischer Flagge segelnde Kampfblatt "neue bildpost" und das rechtsradikale Hetzblatt "Deutsche National-Zeitung" stimmten kräftig mit ein. Da durfte Ziesels "Deutschland-Stiftung" und deren Organ nicht fehlen. Diese im Laufe der Jahre nicht nur politisch immer zudielichtiger gewordene Institution meldete Anfang dieser Woche über 300.000 Protestbriefe und attackierte den ZDF-Intendanten Prof. Dr. Karl Holzamer (CDU), er habe "offenbar unter dem Eindruck linker Pressionen" der Halbierung des "Löwenthal-Magazins" zugestimmt.

Diese Aktivitäten beseitigen letzte - wenn auch kaum noch vorhandene - Zweifel, wessen Geschäfte Gerhard Löwenthal im "ZDF-Magazin" mit missionarischem Eifer und kaum noch zu überbietender Verblendung betreibt: nämlich die der unverbesserlichen Kalten Krieger, der böartigen Gegner der sozialliberalen Koalition und der manischen Hassler und Verleumder des demokratischen Sozialismus.

Nachdem das ZDF - das heißt insbesondere sein direkt angesprochenes und auch zunächst zuständiges "Organ Intendant" - aus unerfindlichen Gründen zu dieser gesteuerten und durchsich-



tigen Kampagne bisher geschwiegen hat, sind um der Klarheit und Korrektheit willen folgende Feststellungen zu treffen:

1/ Auf Vorschläge des ZDF-Intendanten und nach monatelangen Diskussionen in den Aufsichtsgremien der Anstalt hat der Fernsehrat am 23. Dezember 1972 in Mainz mit 29 zu 23 Stimmen der Einführung eines neuen Programmschemas mit Wirkung vom 1. Oktober 1973 zugestimmt; Bestandteil dieses Beschlusses ist die Reduzierung der Sendetermine für das "ZDF-Magazin" auf jeden zweiten Mittwoch.

2/ Es ist inzwischen ein offenes Geheimnis, daß die sozialdemokratisch orientierten Mitglieder des Fernsehrates aus grundsätzlichen Erwägungen und Bedenken zum Überwiegenden Teil bei dieser Entscheidung mit "Nein" gestimmt haben.

3/ Das "ZDF-Magazin", sein "Chef-Moderator" und seine quantitative und qualitative Rolle im Programm der Länderanstalt sind kein Problem für die SPD, sondern für die CDU/CSU; die Version von einer "linken Pression" in dieser Frage stellt die tatsächlichen Interessenlagen nahezu auf den Kopf; Gerhard Löwenthal hat mit seinem umstrittenen Umgang mit Sachverhalten und oft auch eindeutigen Mißbrauch journalistischer Maßstäbe den Bonner Koalitionsparteien zwar schaden wollen, er hat ihnen jedoch eher genützt.

4/ Die vom Intendanten des ZDF in Übereinstimmung mit der übrigen Anstaltsspitze mit Vehemenz vertretene und schließlich in den Aufsichtsgremien im demokratischen Entscheidungsprozeß bewirkte Änderung des Programmschemas wird von der "Deutschland-Stiftung" als "eindeutig antidemokratischer Akt" bezeichnet, der von einer "überwältigenden Mehrheit" der Fernsehzuschauer "mißbilligt" werde. Dazu ist festzuhalten, daß die konzertierte Aktion "Rettet Gerhard Löwenthal" nach eigenen Angaben (!) bisher nicht einmal 600.000 Unterschriften - von ihrem Zustandekommen ganz abgesehen - aufzubieten hat. Die "überwältigende Mehrheit" reduziert sich also nach allen branchenüblichen Berechnungen auf allerhöchstens zwei vH. der Bildschirm-Gemeinde in unserem Land. Diese Augenwischerei der Löwenthal-Sektierer könnte man noch mit Nachsicht registrieren. Den Beschluß des Fernsehrates als "antidemokratischen Akt" zu bezeichnen, ist eine Ungeheuerlichkeit.

Angesichts dieser Tatsache, aber auch vor allem vordergründigen Hintergrund der Kampagne und vor allem im wohlverstandenen Interesse der Anstalt und des Selbstverständnisses ihrer Organe ist die Frage zu stellen: Warum schweigt das ZDF zu diesen Vorgängen, die sich laufend wiederholen? (-/21.9.1973/bgy/ex)

+ + +

Schlußstrich unter die Hubschrauber-Saga

Die "Puma"-Helikopter haben das Rennen gemacht

Von Rudi Walther MdB

Berichterstatter für das Bundesinnenministerium im Haushaltsausschuß

Als am 13. August 1973 in der Fernsehsendung "Report" mit dem privaten Fluglehrer der privaten Gesellschaft "Motorflug" - die pikanterweise Lizenznehmer der Firma Bell ist - als Kronzeugen behauptet wurde, das Bundesinnenministerium habe bei der Beschaffung einer neuen Generation von mittleren Transporthubschraubern vom Typ "Puma" rd. 60 Millionen DM verschleudert, entstand bei manchem Zeitgenossen der Eindruck, diese Regierung habe jetzt auch ihren Beschaffungsskandal.

Deshalb war es gut, daß sowohl der Innenausschuß als auch der Haushaltsausschuß des Bundestages unmittelbar nach Beendigung der Parlamentsferien in eine Prüfung der erhobenen Vorwürfe eingetreten sind. Dabei hat sich in beiden Ausschüssen übereinstimmend folgendes herausgestellt:

a/ Die Umrüstung von ausgemüsterten Hubschraubern der Bundeswehr vom Typ "Sikorsky" auf die Bedürfnisse des Bundesgrenzschutzes entsprechend dessen neuer Einsatzkonzeption nach dem BGS-Gesetz vom 18. August 1972 und unter Beachtung der zivilen Zulassungsvoraussetzungen insbesondere auch für Blindflugtauglichkeit würde nur unerheblich billiger werden als die Beschaffung neuer Maschinen vom Typ "Puma". Trotz Umrüstung aber blieben die Sikorskys alte Fluggeräte - sie sind schon jetzt zwischen zehn und 15 Jahre alt. Und die Folgekosten wären erheblich höher.

b/ Eine mögliche Beschaffung von Bell-Helikoptern, wie beim BGS schon vorhanden und auch von Kritikern vorgeschlagen, würde, um die gleiche Transportkapazität zu erreichen, die Anschaffung einer erheblich größeren Anzahl von Maschinen notwendig machen. Diese Alternative würde deshalb nicht billiger; sie erforderte aber einen größeren Personalaufwand.

Der Haushaltsausschuß kam deshalb einvernehmlich zu dem Schluß, daß der Regierung aus ihrer Entscheidung kein Vorwurf zu machen ist. Auch der Bundesrechnungshof, der die Vorwürfe zum Anlaß einer sofortigen Prüfung machte, wird - das läßt sich schon heute sagen, ohne dem endgültigen Prüfungsbericht vorgreifen zu wollen - kaum einen Anlaß für einen Regierungstadel finden.

Fazit: Nicht nur die so häufig kritisierten Politiker, auch Fernsehjournalisten können irren. (-/21.9.1973/ks/ex)